

# Politik der leeren Kassen

Budget, *politics of scale* und kommunale öffentliche Dienstleistungen

Johannes Jäger und Rainer Tomassovits

»Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes, besonders, aber nicht ausschließlich des politischen. Namentlich an jenen Wendepunkten – oder besser Wendepochen –, in denen Vorhandenes abzusterben und in Neues überzugehen beginnt und die auch stets finanzielle Krisen der jeweils alten Methoden sind, zeigt sich die ganze Fruchtbarkeit dieses Gesichtspunkts: Sowohl in der ursächlichen Bedeutung – insofern als staatsfinanzielle Vorgänge ein wichtiges Element des Ursachenkomplexes jeder Veränderung sind – als auch in ihrer symptomatischen Bedeutung – insofern als alles, was geschieht, sich in der Finanzwirtschaft abdrückt.«

*Joseph Schumpeter (1918 [1976], 332)*

## Einleitung

Die aktuellen Veränderungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen sind Teil eines substanziellen Wandels in einer Wendepoche, wie sie Schumpeter nennt, in der Politik und Ökonomie eine Reorganisierung erfahren. In diesen Wendepochen bzw. strukturellen Krisen – wie sie in politökonomischer Tradition bezeichnet werden – verändert sich auch der materielle Kern der Staatlichkeit: Das Budget bzw. die Staatsfinanzen. Dies ist auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen – dem Lokalstaat, der Nationalstaat, der EU, der internationale Ebene – zu analysieren. Während vom BEIGEWUM (2001, 2002) budgetäre Fragen generell wieder stärker in die kritische Diskussion gebracht worden sind, soll dieser Text vor dem konkreten Hintergrund der Privatisierungsdynamik öffentlicher Dienstleistungen die Frage der Rolle der Budgets behandeln. Dabei bleiben gesetzliche Rahmenbedingen wie GATS, die EU-Binnenmarkt und Wettbewerbsregime etc. ausgeklammert, da sie in anderen Arbeiten schon ausführlich behandelt worden sind (vgl. Raza 2001, Raza/Wedl/Angelo 2004). Hier soll kurz skizziert werden, inwieweit und warum aktuelle Veränderungen – etwa in der kommunalen Dienstleistungserbringung – über budgetäre Prozesse vermittelt werden bzw. inwieweit fiskalische Zwänge konstruiert werden und eine Rolle spielen. Als Rahmen für die Analyse dient ein politökonomischer Zugang, wobei vor allem Strategien gesellschaftlicher Gruppen rund ums Budget besonders interessieren. Im Anschluss an eine knappe Skizzierung des theoretischen Zugangs erfolgt ein kurzer Überblick über budgetäre Entwicklungen sowie eine Untersuchung der Ursachen. Dabei unterscheiden wir neben dem generellen Rückgang des Wirtschaftswachstums zwei zentrale Einflussfaktoren, die zu einer Mittelverknappung führen und der Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen Vorschub leisten: Erstens geht es um die Frage, ob Steuerwettbewerb oder neoliberale Politik die zentralen Ursachen für

Budgetknappheit sind. Zweitens steht die Untersuchung der Veränderung der räumlichen Ebene der fiskalischen Staatlichkeit (*politics of scale*) und ihrer Implikationen im Vordergrund. Da weite Bereiche der Daseinsvorsorge auf lokalstaatlicher Ebene angesiedelt sind, gilt dieser Ebene besonderes Augenmerk. Einige konkrete Aspekte der Privatisierung durch Geldverknappung werden in erster Linie am Beispiel von Wien, sowie anhand der deutschen Kommunen generell, diskutiert.

### Theoretischer Rahmen

Die Regulationstheorie (Aglietta 1987, Becker 2002, Brand/Raza 2003) ist prädestiniert, um institutionelle bzw. strukturelle Veränderungen der Regulation der Ökonomie in »Wendeeperioden« zu untersuchen. Veränderungen der Materialität der Staatlichkeit können so vor dem Hintergrund sich ändernder Akkumulationsstrategien und als Teil sich ändernder Regulationsweisen im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus begriffen werden. Bei einer regulationstheoretischen Untersuchung des Budgets kann überdies auf Arbeiten in politökonomischer Tradition, die unter dem Titel »Finanzsoziologie« von Goldscheid (1976), O'Connor (1974) und Schumpeter (1976) diskutiert werden, zurückgegriffen werden. Diese Autoren stellen auf die materielle Abhängigkeit des kapitalistischen Staates vom »guten Gang« der Geschäfte ab und arbeiten eine theoretische Verortung fiskalischen Handelns und die Rolle der materiellen Dimension des Staates für die Ökonomie aus. Ihre Überlegungen haben den Ausgangspunkt vor allem in fiskalischen Krisen. Überdies begreifen sie das Budget – seine Höhe, die Art der Steuern, die Struktur der Ausgaben – als Ergebnis von sozialen Auseinandersetzungen und damit basierend auf gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen.

Darüber hinaus wird hier die Materialität der Staatlichkeit im Rahmen einer Mehrebenenanalyse untersucht und damit auch als Ergebnis von Prozessen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen gefasst. Dabei kommt dem lokalen Staat besondere Bedeutung zu, da ein großer Teil öffentlicher Dienstleistungen auf dieser Ebene zur Verfügung gestellt wird. Es ist weitgehend Konsens, dass die (lokale) Form der Staatlichkeit bzw. *governance* derzeit einem raschen Wandel unterliegt. Häufig wird diese Veränderung mit der Entwicklung von *government* zu *governance* umschrieben. Diese Charakterisierung stellt insbesondere darauf ab, dass die Formen staatlicher Entscheidungsfindung und staatlichen Eingreifens Veränderungen erfahren, und zwar durch Privatisierung der Entscheidungen und zunehmend marktförmiger Organisierung vormals staatlicher Bereiche. Bei der Untersuchung von *governance*-Strukturen wird überdies auf sich ändernde Akteurs- und Interessenskonstellationen sowie sich verschiebende Diskurse abgestellt. Während in regulationstheoretisch bzw. politökonomisch inspirierter Forschung die lokale Ebene bislang jedoch beinahe ausschließlich im Hinblick auf generelle Veränderungen *lokaler governance* im Rahmen *multi-skalarer* Analysen diskutiert worden ist (vgl. Brenner 1999, Becker 2002), wird hier auf den budgetären Aspekt fokussiert. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang das Konzept der *politics of scale* (vgl. MacLeod 2001) von Bedeutung. Im Rahmen dessen kann thematisiert werden, inwieweit von bestimmten gesellschaftlichen Akteuren Strategien zur räumlichen Verschiebung der Regulierungs- bzw. Entscheidungsebenen verfolgt werden und inwieweit diese erst den gegenwärtigen Umbau des Staates in der budgetären bzw. materiellen Dimension ermöglichen.

## Krise des Fordismus und Entwicklung der Staatsfinanzen

Mit der Krise des fordistischen Entwicklungsmodells, charakterisiert durch geringe Wachstumsraten und hohe Realzinsen in den 1980er Jahren, ist seit den 1970er Jahren die Staatsverschuldung in Europa deutlich gestiegen (Dunford 2000). Obwohl es Versuche gegeben hat, die Ausgaben einzuschränken, hat sich die Staatsausgabenquote jedoch bis in die 1990er Jahre in den meisten Ländern – etwa mit der Ausnahme des durch Thatcher umgekrempelten Großbritanniens – deutlich erhöht. Ebenso sind auch die Abgabenquoten in der EU im Durchschnitt bis zum Jahr 2000 gestiegen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die höheren Abgaben z.T. aus Gründen der Budgetkonsolidierung zu Stande gekommen sind und sich damit nicht in höhere Ausgaben transferiert haben. Überdies ist der Anstieg zum Teil auch auf die gute konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Insgesamt lässt sich daher entgegen der allgemeinen Wahrnehmung feststellen, dass die Staatseinnahmen relativ zum BIP in Europa noch bis Ende der 1990er Jahre stetig ausgeweitet worden sind. Die Abgabenquoten der EU-15 entwickelten sich von 40,6% im Jahr 1995 auf 41,8% im Jahr 1999 und fielen bis 2002 auf 40,4%. In Österreich entwickelten sie sich über diesen gesamten Zeitraum von 42,3% auf 44,4%. Deutschland weist einen Anstieg von 40,8% auf 42,5% im Jahr 2000 auf, reduzierte die Abgabenquote bis 2002 allerdings auf 40,2% (European Commission 2004, 239).

Was die Struktur der Finanzierung betrifft, so zeigt sich bereits seit Ende der 80er Jahre in den meisten OECD-Ländern ein deutlicher Rückgang des Anteils der Unternehmenssteuern. Während etwa 1989 die Steuern auf Gewinne noch rund 15% des gesamten Steueraufkommens ausmachen, fallen diese in der OECD bis 2002 auf durchschnittlich 11%. Im Vergleich dazu hat sich das Aufkommen in Österreich von 5% auf 8% im selben Zeitraum erhöht, während der Anteil in Deutschland nach einer langfristigen Fluktuation um rund 8% innerhalb von zwei Jahren – primär aufgrund der Auswirkungen der Steuerreform – auf 3% im Jahre 2002 reduziert worden ist. Der Anteil der Vermögenssteuern ist in Österreich auch kontinuierlich gesenkt worden und hat sich zuletzt zwischen 1993 und 1994 auf 2% halbiert. Der OECD Durchschnitt beläuft sich derzeit auf rund 12%, der EU-Durchschnitt auf etwa 8% (OECD 2003). Überdies ist auch der relative Rückgang bei den Einnahmen in der Sozialversicherung (vgl. European Commission 2004) bemerkenswert, da die Nachfrage nach öffentlichen Gütern bzw. Dienstleistungen, etwa im Bereich der Pensionen oder der Gesundheit nicht zuletzt aufgrund demographischer sowie technischer Veränderungen vergleichsweise stärker ansteigt, während jedoch nunmehr das öffentliche Angebot verringert wird. Die budgetäre Entwicklung deutet darauf hin, dass erst durch eine Verknappung der Einnahmen Finanzierungsprobleme in diesen Bereichen produziert worden sind.

Insgesamt werden mit der Krise des Fordismus Staatsfinanzen knapper und der Druck, bestimmte öffentliche Leistungen nicht mehr oder nur mehr teilweise zu erbringen bzw. diese auszulagern, steigt. So stellt etwa auch Tälös (2004, 229) bei einem Vergleich sozialpolitischer Entwicklungen in Österreich und Deutschland fest, dass sich erst im Kontext wachsender Budgetdefizite und Arbeitsmarktprobleme sowie als Konsequenz aus der Einhaltung der Maastricht-Kriterien ab 1993 ähnliche Entwicklungstendenzen im Bereich der Pensions- und Arbeitslosenversicherung in Deutschland und Österreich abzeichnen. Ab diesem Zeitpunkt ist versucht worden,

die Budgets zu konsolidieren und die Ausgaben zu reduzieren. Trotz eines weitgehend einheitlichen Trends zeigen sich im europäischen Vergleich insgesamt zum Teil Unterschiede und damit Spielräume vor allem für die nationale Budgetpolitik. Bei ähnlichen Ausgangsbedingungen wurden etwa die Ausgaben in Frankreich in einem deutlich geringeren Ausmaß reduziert als in Österreich (vgl. OECD 2004).

Neben dieser nationalstaatlichen Betrachtung ist insbesondere auch die Entwicklung der Finanzen auf Ebene der Gemeinden und Länder interessant. Hier zeigt sich, dass diese Gebietskörperschaften in Deutschland schon seit den 1980er Jahren mit knapperen Budgets zu kämpfen haben (vgl. Hanesch et al. 2004). Auch in Österreich hat sich der Anteil der eigenen Einnahmen von Ländern und Gemeinden an den gesamten Steuereinnahmen in der zweiten Hälfte der 1990er verringert (European Commission 2004, 262ff.). Überdies mussten diese im Rahmen der Budgetkonsolidierung Ausgaben, die früher noch über Defizite finanziert wurden, reduzieren. Die Möglichkeiten, Einnahmehausfälle durch zusätzliche Abgaben zu kompensieren, sind für Länder und Gemeinden meist relativ eingeschränkt. Einerseits hat ihre Steuerbasis zum Teil ein besonders geringes dynamisches Potenzial – wie etwa die in Österreich an veralteten Einheitswerten orientierte Grundsteuer – andererseits ist ihre Position im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen relativ schwach (vgl. BEIGEWUM 2000), wie auch die Dynamik der Einnahmen der letzten Jahre zeigt (European Commission, 270). In Deutschland ist die Finanzierungsbasis der Kommunen im Vergleich noch deutlich prekärer (vgl. Hauschild et al. 2004, 40f.). Überdies sind auf diesen administrativen Ebenen in beiden Ländern weite Bereiche mit relativ starker Ausgabendynamik, wie etwa Teile des Sozialbereichs, angesiedelt.

### **Steuerwettbewerb oder nationale bzw. lokale Politik als Ursachen leerer Kassen?**

Im politischen Diskurs ist es weitgehend unumstritten, dass Österreich ebenso wie Länder und Gemeinden in einem Steuerwettbewerb stehen und versuchen, durch immer weitere Steuersenkungen die Gunst des Kapitals zu erhalten. Mit der EU-Erweiterung hat diese Sichtweise scheinbar noch weitere Dynamik gewonnen. Aufgehoben ist diese Steuerwettbewerbsargumentation im Standortwettbewerbs- und Globalisierungsdiskurs (vgl. kritisch dazu: Cameron/Palan 2004, Rupert 2001). Was jedoch vor dem Hintergrund dieses Diskurses überraschen mag, ist die Tatsache, dass die Kapitalbesteuerung in den EU-15 zwischen 1995 und 2000 von 7,7% auf 9,2% sogar gestiegen ist. Diese Entwicklung ist z.T. mit dem Konjunkturzyklus und den stark steigenden Gewinnen zu erklären. Zwischen 2000 und 2002 hat sich diese jedoch wieder auf 8,3% verringert (European Commission 2004, 282). In Österreich ist ein Anstieg der Einnahmen im Jahr 2002 vor allem in Zusammenhang mit Budgettricks rund ums »Nulldefizit« zu sehen (vgl. European Commission 2004, 199). Nichts desto trotz scheint in jüngster Zeit ein ausgeprägter politisch induzierter Steuerwettbewerb zwischen einzelnen Nationalstaaten, vor allem im Bereich der Kapitalsteuern, ins Rollen gekommen zu sein. Allen voran hat Deutschland, gefolgt von Österreich – obwohl die Unternehmenssteuern auch hierzulande im internationalen Vergleich sehr gering sind (vgl. Schratzenstaller 2003) –, begonnen, Unternehmenssteuern radikal zu senken. Damit wird der Steuersenkungswettbewerb angeheizt. Eventuell dadurch ermöglichte Standortvorteile sind jedoch, falls überhaupt, nur vorübergehend zu erwarten, da davon auszugehen ist, dass andere Länder nachziehen werden (vgl. Marterbauer

2004). Wenn dieser Senkung der Steuern auf Gewinn und Vermögen keine höheren Steuern – etwa auf Löhne – gegenüberstehen, werden damit entsprechend Ausgaben-spielräume eingeschränkt. Die geringeren Einnahmen verringern in der Folge auch die lokalstaatlichen Budgets, was wiederum einen Anreiz bzw. die Notwendigkeit für subnationale staatliche Einheiten schafft, sich bestimmter Aufgaben zu entledigen. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit der Steuerwettbewerb Regierungen aus ökonomischen Gründen tatsächlich dazu zwingt, insbesondere Unernehmenssteuern zu reduzieren, und ob dies nicht vielmehr auf Druck nationaler Kapitalgruppen bzw. zum Teil als Konsequenz aus neoliberal inspirierten Diskursen bzw. Ideologien (vgl. Poulantzas 1984) entsteht. Die Steuersenkungen in Deutschland mögen etwa als Beispiel dafür dienen. Die drastische Reduktion von im internationalen Vergleich bereits sehr niedrigen Unternehmenssteuern hat nicht nur ein tiefes Loch ins Budget gerissen, sondern überdies auch kaum positive Effekte auf das Wachstum gezeigt (vgl. Schulmeister 2004).

Überdies dürfte der Steuerwettbewerb – so sehr er auch vielfach propagiert wird – auf globaler Ebene ökonomisch kaum eine Rolle spielen. Denn wie Krugman (1995) betont, kann das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit nicht zwischen Währungs-räumen, sondern nur innerhalb von Währungs-räumen sinnvoll angewendet werden, da bei letzterem nicht die Möglichkeit von Währungsabwertungen zum Ausgleich eines außenwirtschaftlichen Defizits besteht. Höhere Kosten, etwa aufgrund höherer Steuern, und damit möglicher Weise geringere Exporte führen über den Wechselkursmechanismus zu niedrigeren Importen. Für ein Land bzw. einen Währungsraum ist es jedoch nicht entscheidend, wie sich sein Außenhandelsanteil, sondern wie sich das Wachstum des BIP entwickelt. Dafür ist jedoch auch die Nachfrageentwicklung entscheidend, die ihrerseits wieder vom verfügbaren Einkommen (hohen Nettolöhnen) und hohen Staatsausgaben abhängt. Die Vorstellung, dass Staaten bzw. Regionen innerhalb eines Währungsraumes ähnlich wie Unternehmen in einem vollkommenen Markt in einen Steuerwettbewerb zwischen Gleichen stehen, ist vor dem Hintergrund der großen Bedeutung von Agglomerationseffekten, wie die Erkenntnisse im Bereich der *new economic geography* zeigen, ebenso erheblich zu relativieren (vgl. Fujita/Krugman/Venables 1999, Baldwin/Krugman 2000). Neben dem zum Teil vorhandenen realökonomischen Wettbewerb innerhalb von Währungs-räumen – z.B. zwischen zwei ökonomisch sehr ähnlichem und in engem räumlichen Naheverhältnis stehenden Agglomerationsräumen – stellt auch die Steuerflucht von Finanzkapital in Steueroasen, etwa mit Luxemburg innerhalb der EU, ein Problem dar. Österreich hat sich z.B. zuletzt, in Einklang mit Luxemburg und Belgien, geweigert, einem Informationsaustausch zur Begrenzung der Steuerflucht innerhalb der EU zuzustimmen (Giegold 2004, 67).

Die EU-Ebene als politische Dimension eines großen Wirtschafts- und Währungsraums wäre grundsätzlich prädestiniert, Steuerwettbewerb – ob jetzt ökonomisch oder politisch motiviert – innerhalb des Wirtschaftsraums durch einheitliche und ausreichend hohe Mindeststeuern zu unterbinden. Ebenso könnte innerhalb der EU auch Steuerhinterziehung durch Briefkastenfirmen etc. weitgehend ausgeschaltet werden. Eine solche »Trockenlegung« von Steueroasen wäre technisch in wesentlichen Bereichen auch im Alleingang durch die EU möglich (vgl. Huffschild 2001, Palan 2003). Somit könnte der derzeit »hausgemachte« und damit ideologisch, und möglicher Weise zum Teil auch ökonomisch, motivierte Steuerwettbewerb zwi-

schen Staaten und Regionen im Bereich der Unternehmenssteuern innerhalb der EU beendet werden. Damit könnte nicht nur die fiskalische Basis für notwendige staatliche Ausgaben gesichert werden, sondern auch Verteilungsgerechtigkeit bei der Finanzierung der Staatsausgaben wieder stärker durchgesetzt werden. Primär sind es jedoch die politischen Kräfteverhältnisse, die einer solchen Steuerharmonisierung entgegenstehen. So wehrt sich etwa Großbritannien aufgrund des Drucks der in London angesiedelten Finanzunternehmen gegen eine EU-weite Harmonisierung der Kapitalsteuern (Gill 2001). Überdies wollen auch mittel- und osteuropäische Länder die Möglichkeiten der Steigerung ihrer Attraktivität für ausländisches Kapital durch Steuerdumping weiterhin beibehalten können (vgl. Becker 2004). In letzter Zeit scheinen auch Deutschland und Österreich diese Politik besonders prononciert zu verfolgen. Während zwar Steuerwettbewerb für mobiles Kapital innerhalb der EU ökonomisch eine – zwar weit geringer Bedeutung als diskursiv propagiert – haben kann, kann für die Bereiche der Besteuerung von Arbeit oder immobilien Vermögenswerten ökonomisch nicht von der Existenz eines nennenswerten Steuerwettbewerbs zwischen Nationalstaaten ausgegangen werden. Die Besteuerung von Arbeitseinkommen bzw. Konsum stellt jedoch in den europäischen Staaten die bei weitem wichtigste Einnahmequelle dar (European Commission 2004). Somit obliegt es primär den Nationalstaaten, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden finanziellen Mittel in ausreichender Menge zur Produktion öffentlicher Güter bzw. für Transferleistungen zur Verfügung stehen.

### **Knappe Budgets durch *politics of scale* und Maastricht-Kriterien?**

Die Ursachen knapper (sub-)nationaler Budgets liegen neben der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums vor allem in geänderten nationalen und europäischen budgetären Rahmenbedingungen. Obwohl auch lokale Budgets von schwachem Wachstum negativ betroffen sind, liegt das Problem des Staates vor allem darin, dass dieser nicht autonom über Budgets bestimmen kann. Dies hat jedoch andererseits den Vorteil, dass damit Steuerwettbewerb zwischen subnationalen Gebietskörperschaften weitgehend unterbunden bleibt. Seit den Maastrichter Verträgen ist die vormals allein auf nationalstaatlicher Ebene bestimmte Budgetpolitik zu einem wichtigen Teil auf die EU-Ebene verlegt worden. Dies ist in Zusammenhang mit der Einführung der Währungsunion erfolgt, die auch eine gewisse Abstimmung der Fiskalpolitik erforderlich gemacht hat. Diese Koordinierung hätte grundsätzlich sowohl keynesianisch als auch neoliberal ausgeprägt sein können (vgl. Lipietz 1996) und wird auch in jüngster Zeit heftig diskutiert (vgl. Kramer 2003, Bofinger 2004). Im Rahmen der Regelungen zum Wachstums- und Stabilitätspakt wurden zwar z.T. keynesianische Notwendigkeiten antizyklischer Politik berücksichtigt, diese werden in neoliberaler Manier jedoch erheblich eingeschränkt. Die engen Schranken des Stabilitäts- und Wachstumspaktes dürften nicht nur direkt, sondern auch indirekt über die durch entsprechend schlechtere Konjunktur induzierten Einnahmehausfälle Budgets unter Druck bringen. In keynesianischer Perspektive stellt sich die Frage, inwieweit in solchen Situationen eine Erhöhung der Staatsausgaben erforderlich wäre, um über eine entsprechend gesamtwirtschaftliche Nachfragesteigerung höheres Wachstum und damit auch wieder höhere Einnahmen zu erzielen. Für Gemeinden bzw. Kommunen stellt sowohl das Defizitkriterium als auch das Verschuldungskriterium einen Anreiz zur Änderung

lokaler *governance*-Formen dar. Schulden können z.B. durch die Ausgliederung von Teilen der Daseinsvorsorge aus der Maastricht-konformen Berechnung des Schuldenstandes zum Verschwinden gebracht werden.

Vor dem Hintergrund, dass subnationale Einheiten einen großen Bereich der staatlichen Investitionen tätigen, sind die Maastricht-Kriterien besonders problematisch. Denn Investitionen können nun nicht mehr bzw. nur mehr innerhalb der Defizit-Grenzen mit Krediten finanziert werden. Diese Auslagerungen und Privatisierungen wären in vielen EU-Staaten weder durch die nationale, noch durch die kommunale Ebene ohne diesen fiskalischen Zwang wohl nur schwer durchsetzbar gewesen. *Politics of scale* in Form der Verschiebung der Entscheidungsebene für Budgetpolitik auf die EU-Ebene scheint vielfach erst die Durchführung stärker akzentuierter neoliberaler Politik ermöglicht zu haben. Denn auf dieser supranationalen Ebene haben Kapitalinteressen deutlich besseren Zugang zu bzw. Einfluss auf Entscheidungen (vgl. Apeldoorn 2001, Bieling 2003). Dennoch verbleibt ein nicht zu vernachlässigender Spielraum – insbesondere auf nationaler Ebene. So sehr die Maastricht-Kriterien auch einschränkend sind (prozyklische Wirkungen, keine Investitionsfinanzierung über Kredite möglich), so wird damit die Höhe der Einnahmen nicht beschränkt. Es obliegt daher zu einem sehr gewichtigen Teil nach wie vor den Nationalstaaten, inwieweit sie Ländern und Gemeinden ausreichende Ressourcen für öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Trotz dieser formalen Freiheit scheinen jedoch informelle – in wichtigen Bereichen über Diskurse vermittelte – Zwänge auf nationaler Ebene wahrgenommen zu werden. Diese gehen etwa von der europäischen Kommission, dem Ministerrat oder der OECD aus und fordern anstatt einer Erhöhung eine Reduktion der Abgaben. Die so verknappten Kassen treiben die neoliberale Restrukturierung des Staates voran.

### **Fallbeispiel: Budget und *governance* in Wien sowie in Deutschlands Kommunen**

Seit 1995 ist in Wien ein deutlicher Rückgang der lokalstaatlichen Ausgabenquote (bereinigt um Auslagerungen) auf rund 15% des Bruttoregionalproduktes festzustellen. Dies ist vor allem auf die geringere Dynamik der Einnahmen zurückzuführen. Die Zuflüsse seitens des Nationalstaates haben sich bereits seit über zwei Jahrzehnten kontinuierlich verringert. Dieser Rückgang ist jedoch durch die Steigerung eigener Einnahmen (Erhöhung von städtischen Gebühren und Abgaben wie Müllabfuhr, Abwasser etc.) zumindest bis Mitte der 1990er Jahre wettgemacht worden (Jäger et al. 2001). Eine solche Finanzierung staatlicher Ausgaben über Gebühren – die Einnahmen sind häufig deutlich höher als die der Leistung entsprechenden Kosten – ist aus Abgaben- und Steuergerechtigkeitsüberlegungen jedoch problematisch. Ab 2000 wurden im Rahmen der Null-Defizit-Politik der Bundesregierung Länder und Gemeinden verpflichtet, ihren Haushalt ausgeglichen zu halten bzw. z.T. budgetäre Überschüsse (in Wien in der Höhe von 337 Mio. Euro) zu erzielen. Damit wurde die Ausgabendynamik neuerlich deutlich gedämpft, mit entsprechend negativen Nachfrageeffekten für die lokale Wirtschaftsdynamik. Besonders problematisch scheint überdies der, teilweise schon seit den 90er-Jahren, speziell aber seit dem Jahr 2000, feststellbare Rückgang lokalstaatlicher öffentlicher Investitionen, was langfristig – wie es sich etwa im Wohnungsbereich abzeichnet – mit negativen Konsequenzen verbunden ist (vgl. Jäger 2002). Im Jahr 2000 beliefen sich die Investitionen der Gemeinde

Wien auf 1.583 Mio. Euro, davon waren etwa 532 Mio. Euro Sachinvestitionen. Die Vergleichszahlen für 2003 sind 1.337 Mio. an Investitionen gesamt und nur mehr 285 Mio. Euro, die für Sachinvestitionen aufgewendet wurden. (vgl. Rechnungsabschluss 2000/2003, Zahlen gerundet). Insgesamt kann für Wien festgestellt werden, dass die Einnahmen und damit gleichzeitig die Ausgaben relativ am BIP zurückgehen, wobei der Anteil der Ertragsanteile immer bedeutender wird und damit gleichzeitig die Abhängigkeit vom Bund erhöht. An dieser Entwicklung kann auch budgetäre Kosmetik wie etwa die Rücklagegebarung nichts ändern. (vgl. Rechnungsabschluss 2003).

Neben diesen quantitativen Veränderungen, die ihren Ursprung weitgehend in höheren räumlichen Ebenen haben, sind jedoch auch erhebliche qualitative Veränderungen festzustellen. Viele zentrale Bereiche wurden aus dem Budget ausgelagert (Verkehrsbetriebe, Wiener Wohnen, Krankenanstaltenverbund, Museen, Fonds Soziales Wien...), wodurch zwar einerseits Budgetspielräume ausgeweitet wurden, da die Kreditfinanzierung von Investitionen wieder möglich wird, andererseits führt dies jedoch auch zu einer Reduktion demokratischer Kontrolle durch die Gemeindevertretung und mag informellen Netzwerken damit größere Spielräume zur Gestaltung geben. Dies gilt auch für die so genannten Public Private Partnerships. Insbesondere die konkrete Art der Ermittlung des Finanzierungssaldos bzw. Maastricht-Ergebnisses beeinflusst dabei die lokalstaatlichen Strategien: So bleibt z.B. die Gebarung von Eigenbetrieben (abgesehen von Ablieferungen und Zuschüssen) bei der Berechnung des Finanzierungssaldos unberücksichtigt. Insofern erhöhen Investitionsausgaben im öffentlichen Bereich, etwa durch eine Darlehensaufnahme, das Maastricht-Defizit. Dasselbe passiert bei einer Erhöhung laufender Subventionszahlungen der Hoheitsverwaltung. Investitionstätigkeiten im Bereich wirtschaftlicher Unternehmungen und Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, ebenfalls finanziert durch Darlehensaufnahmen, haben hingegen keine Auswirkungen auf das Maastricht-Ergebnis. Eine Reduzierung der Zuschusszahlungen der Hoheitsverwaltung an Eigenbetriebe verringert sogar das Maastricht-Defizit. Finanztransaktionen – Zuführung und Auflösung von Rücklagen oder der Verkauf und Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren – sind für die gesamte Gebarung interessant, bei der Ableitung des Finanzierungssaldos werden sie allerdings nicht mit einbezogen. (vgl. Bauer/Rossmann 2003).

Zusammen mit den im Zuge dieser Entwicklungen fast schon zur Normalität gewordenen Zielen, wie ein schlanker, effizienter Staat bzw. neuerer Budgettechniken (Stichwort *new public management*), kommt es immer mehr zu einer Privatisierung der staatlichen Planung bzw. der Verwaltung überhaupt (vgl. Novy et al. 2001). Einzelnen ausgelagerten Bereichen (wie z.B. dem Krankenanstaltenverbund) wird ein Zuschuss in einer festgelegten Höhe gewährt, mit dem dann auszukommen ist. Unzureichende Zuschüsse führen zwangsläufig zu Leistungseinschränkungen. Budgetär ist nachzuweisen, dass Kapitaltransfers und so genannte Laufende Transfers an verschiedene Einheiten in den letzten Jahren zunehmen (vgl. Rechnungsabschlüsse der Gemeinde Wien, div. Jahrgänge). Allerdings ist aus dem Budget nicht ersichtlich, was nun genau mit diesen Transfers geschieht, nicht einmal die Adressaten sind eindeutig erkennbar. Das Budget als gestaltendes und kontrollierendes Instrument wird damit immer unbrauchbarer, Entscheidungen fallen immer mehr jenseits formaler und potenziell demokratisch kontrollierbarer politischer Strukturen. Insgesamt kommt es damit zu einem deutlichen Wandel der lokalen *governance*.

Die Finanzsituation der deutschen Kommunen und die damit verbundenen

Änderungen lokaler Staatlichkeiten stellen sich ähnlich dar. Dort scheinen budgetäre Zwänge überdies noch stärker ausgeprägt zu sein. Auf der einen Seite sind die Einnahmen stark rückläufig: Die Gewerbesteuer als sehr konjunkturabhängige Einnahmequelle hat stark an Bedeutung verloren. Für 2004 wird damit gerechnet, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen zwar wieder leicht erholen (in erster Linie durch die Gewerbesteuerumlage, wodurch den Kommunen bei der Verteilung letztendlich mehr Geld bleibt), trotzdem aber um 7% unter dem Wert von 2000 liegen werden. Hier gibt es auch große regionale Unterschiede, in Ostdeutschland liegt das Aufkommen etwa ein Drittel unter dem Westdeutschlands. Auch die Steuerreform 2000 wirkte hier mit, indem konzernabhängige Unternehmen durch interne Verrechnungen davon profitierten und Steuern sparen konnten. Die Steuerreform war auch mit verantwortlich für den Rückgang des Einkommenssteueranteils der Kommunen. 2004 sinken die daraus folgenden Einnahmen das vierte Jahr hintereinander. Ähnlich sieht es mit den Zuweisungen des Bundes aus. Die Grundsteuer ist an Einheitswerten aus dem Jahr 1964 (West) bzw. 1935 (Ost) orientiert. (vgl. Berg/Richter 2003, Deutscher Städtetag 2004) – Gleichzeitig wird die Höhe der Ausgaben durch Maastricht begrenzt, obwohl neue Aufgaben seitens des Bundes hinzukommen, für deren ausreichende Finanzierung aber nicht gesorgt wird. In den letzten Jahren kamen für die Kommunen Pflichtaufgaben im Bereich der Sozialhilfe, Asyl und Familie hinzu, dasselbe passiert aktuell mit den so genannten Hartzreformen. Es wird also versucht, Sozialausgaben zu reduzieren, und gleichzeitig Teile der Verantwortung bezüglich der Finanzierung an die Kommunen abzugeben, die aber sowieso schon am Limit der finanziellen Machbarkeit agieren. Die Kommunen wiederum reagieren in erster Linie mit Kürzungen von Zuschüssen, Vermögensveräußerungen, Einsparungen im Personalbereich und bei den Investitionen.

Die Investitionsausgaben sind in Deutschland seit 1992 rückläufig, 2003 wurden sie im Vergleich zum Jahr davor allein um 8,3% gekürzt (Deutscher Städtetag 2004). Kommunale Unternehmungen werden aus der städtischen Verwaltung herausgenommen, zuerst meist als Eigenbetriebe geführt, danach endgültig privatisiert. Teile des Nahverkehrs sind bereits ausgelagert oder privatisiert, nicht anders sieht es bei Wasser, Strom und Abfallentsorgung aus. Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) zählt in etwa die Hälfte seiner Mitglieder dem privaten Bereich zu (vgl. Hauschild 2004). Manche Leistungen werden überhaupt gestrichen oder zurückgeschraubt. Schließungen etwa von öffentlichen Bädern, Büchereien etc. sind in den letzten Jahren keine Seltenheit mehr. Auch interne Dienstleistungen wie Gebäudeeinigung, Personalverwaltung, Druckereien oder Rechtsberatungen werden immer mehr zu Objekten der Privatisierung (vgl. Andersen/Reichard 2004).

Die Fallanalyse zeigt, dass es über die Verknappung der Budgets gelingt, die öffentliche Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen auf kommunaler Ebene und damit Formen lokaler *governance* nachhaltig zu verändern. Für die weitere Entwicklung in Wien sind neben den generellen Rahmenbedingungen vor allem Veränderungen des derzeit in Verhandlung befindlichen Finanzausgleichs von Bedeutung. Die historische Erfahrung des »Fiskalmarsches« auf das Rote Wien Ende der 1920er Jahre hat gezeigt, wie rasch die kommunale Produktion öffentlicher Dienstleistungen – damals primär im Wohnbau – drastisch reduziert werden kann. Derart radikale Veränderungen scheinen zwar heute unwahrscheinlich, dennoch lassen sich Tendenzen hin zu einer weiteren Verknappung der Budgets ausgehend von höheren

räumlichen Ebenen, feststellen. Auch in Deutschland wird z.B. immer mehr über eine Neugestaltung des Finanzausgleichs diskutiert, wobei die Forderung nach »Föderalem Wettbewerb statt Verteilungsstreit« speziell von reichen Ländern wie Bayern immer wieder ins Spiel gebracht wird (vgl. z.B. Janson 2004). Nach der Privatisierung der großen Staatsbetriebe, der zumindest Teilprivatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Teilen der Verwaltung würde der Wettbewerbsgedanke damit auf die Gebietskörperschaften übertragen. Überlegungen bezüglich Steuerhoheit der Länder und Gemeinden wurden seitens des österreichischen Finanzministeriums nun ebenfalls eingebracht. Allerdings scheinen die Länder und Gemeinden derzeit geschlossen dagegen zu sein. Grundsätzlich scheint der Bund aber dem Ziel Nulldefizit weiter anzuhängen, wodurch derzeit eher anzunehmen ist, dass sich die finanzielle Situation der Länder und Gemeinden zukünftig weiter zuspitzen wird, was weiteren Privatisierungen Vorschub leisten dürfte.

### **Schlussfolgerungen und Ausblick**

Die Analyse lokaler Bereitstellung öffentlicher Güter zeigte, dass der Abbau staatlicher Leistungen bzw. eine geänderte Bereitstellung derselben im Rahmen neuer privatisierter Formen der Staatlichkeit zu einem wesentlichen Teil über budgetäre Zwänge erfolgt. Die Ursache für diese budgetären Zwänge sind jedoch weniger auf Ebene des Lokalstaates als vielmehr auf höheren räumlichen Ebenen zu finden. Im Rahmen einer Mehrebenenanalyse konnte gezeigt werden, dass Zwänge zur Privatisierung sowohl über die nationalstaatliche als auch über die Europäische Ebene durchgesetzt werden. Wie sich am Beispiel von Wien aber auch von deutschen Kommunen zeigte, versuchen diese angesichts knapper werdender Finanzen zunächst eigene Einnahmenspielräume auszuschöpfen. In weiterer Folge kommt es jedoch zu einem Umbau der lokalen Staatlichkeit und zum Teil zur Reduktion öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere auch im Investitionsbereich, wo die negativen Wirkungen von Ausgabenkürzungen oft erst in der längeren Frist schlagend werden. Während der Einfluss der Nationalstaaten schon länger sehr bestimmend war, ist mit der EU insbesondere auch eine fiskalpolitisch relevante Ebene geschaffen worden. Dabei ist zu fragen, inwieweit bestimmte gesellschaftliche Kräfte bewusst eine Verlagerung von budgetären Entscheidungen auf diese supranationale Ebene angestrebt haben, da sie auf dieser Ebene ihre Interessen besser durchsetzen können. Überdies spielt auch der im Rahmen des EU-Fiskalgefüges ermöglichte Steuerwettbewerb zwischen Nationalstaaten im Bereich der Kapitalsteuern eine gewisse Rolle, da er zu fallenden Einnahmen führt. Allerdings ist Steuerwettbewerb unserer Ansicht nach weitgehend »hausgemacht« und kann Einnahmenknappheit wenn überhaupt nur zu einem geringen Teil erklären. Vielmehr handelt es sich dabei eher um ein diskursives/ideologisches als reales Phänomen. Die drastische Senkung der Unternehmenssteuern in Österreich und Deutschland leistet einen wesentlichen Beitrag zur Politik der leeren Kassen. Diese Politik ist nicht mit ökonomischen Steuerwettbewerb oder ähnlichem zu begründen, sondern primär Ausdruck spezifischer gesellschaftspolitischer Vorstellung und deren Durchsetzung auf der nationalen Ebene.

Auch die makroökonomischen Auswirkungen einer solchen Politik auf die Wirtschaftsentwicklung sind äußerst problematisch. Diese Politik führt damit nicht nur direkt, sondern auch indirekt, zu einer Verknappung der Staatsfinanzen. Die knappen

Budgets auf kommunaler Ebene sind daher als Ergebnis bestimmter derzeit vorhandener – prinzipiell aber veränderbarer – gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, die über unterschiedliche räumliche Ebenen wirken, zu begreifen, wobei der EU-Ebene eine wichtige Rolle zukommen. Die Durchsetzung einer entsprechend ausreichenden materiellen Grundlage für (kommunale) öffentliche Leistungen muss daher insbesondere auf die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf EU-Ebene abzielen (vgl. Gill 2001). Dies wäre die Voraussetzung für die Durchsetzung einer nicht-neoliberalen Politik in Form einer Sozial- und Umweltunion. Dafür bedarf es jedoch eines »Quantensprungs« (vgl. Bieling 2003). Darüber hinaus gilt es, Einnahmenspielräume auf lokaler Ebene auszuschöpfen und entsprechend ausreichende Finanzen über die nationale Ebene sicherzustellen. Auch dies bedarf jedoch eines veränderten Diskurses und anderer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse in der gegenwärtigen Wendeepoche.

### Literatur

- Aglietta, Michel (1987): *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience*, London.
- Andersen, Christoph; Reichard, Christoph (2003): *Kommunale Dienstleistungen im Wettbewerb*, in: Cox, Helmut (ed.), *Ausschreibungswettbewerb bei öffentlichen Dienstleistungen*, Band 52 der GÖW-Schriftenreihe, Baden-Baden, 13-41.
- Apeldoorn, Bastiaan van (2001): *The Struggle over European Order: Transnational Class Agency in the Making of »Embedded Neo-Liberalism«*. In: Bieler, Andreas; Morton, Adam David (ed.): *Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy*, Basingstoke, 70-92.
- Baldwin, Richard; Krugman, Paul (2000): *Agglomeration, Integration and Tax Harmonization*. CEPR Discussion Paper No. 2630.
- Bauer, Helfried; Rossmann, Bruno (2003): *Materialien zur öffentlichen Finanzwirtschaft und Budgetierung*, Wien.
- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*, Marburg.
- Becker, Joachim (2004): *EU-Verfassung. Zentrum gegen Peripherie?* In: *Kurswechsel 1/2004*.
- BEIGEWUM (2001): *Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs der Regierung*, Wien.
- BEIGEWUM (2002): *Frauen Macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive*, Wien.
- Berg, Carsten; Richter, Edelbert (2003): *Arme Kommunen. Positionspapier von Attac zur kommunalen Finanzkrise*. <http://www.attac.de/jena/dokumente/kommunal.php>, 28.8.04.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): *Die Europäische Union: neoliberale Handlungsarena und Kampffeld für eine progressive Politik*. In: Faschingeder, Gerald; Fischer, Karin; Jäger, Johannes; Strickner, Alexandra (ed.): *Bewegung macht Geschichte. Globale Perspektiven für Gesellschaftsveränderung*, Wien, 57-82.
- Bofinger, Peter (2004): *Should the Stability and Growth Pact be reformed? Briefing Paper for the Committee on Economic and Monetary Affairs of the European Parliament*. <http://www.wifak.uni-wuerzburg.de/vw11/downloads/europ052004.pdf>, 28.8.04.
- Brand, Ulrich; Raza, Werner (2003): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster.
- Brenner, Neil (1999): *Globalisation as Reterritorialisation: The Re-scaling of Urban Governance in the European Union*. In: *Urban Studies* 36 (3), 431-451.
- Cameron, Angus; Palan, Ronan (2004): *The Imagined Economies of Globalization*, London.
- Deutscher Städtetag (2004): *Aktuelle Finanzlage der Städte. Rückblick auf 2003 und Prognose für 2004*. <http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/presseedien/2004/4.pdf>, 28.8.04
- Dunford, Michael (2000): *Globalization and Theories of Regulation*. In: Palan, Ronan (ed.): *Global Political Economy. Contemporary Theories*, London.
- European Commission (2004): *Structures of the taxation systems in the European Union*, Brussels.
- Fujita, Masahisa; Krugman, Paul; Venables, Anthony (1999): *The Spatial Economy. Cities, Regions, and International Trade*, Cambridge.

- Giegold, Sven (2004): Steuerflucht und Steuervermeidung als Hebel für Sozialabbau. In: Hanesch, Walter et al. (ed.): Öffentliche Armut im Wohlstand. Soziale Dienste unter Sparszwang, Hamburg, 56-71.
- Gill, Stephen (2001): Constitutionalising Capital: EMU and Disciplinary Neo-Liberalism. In: Bieler, Andreas; Morton, Adam David (ed.): Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy, Basingstoke, 47-69.
- Goldscheid, Rudolf (1976) [1926]: Staat, öffentlicher Haushalt und Gesellschaft. In: Hickel, Rudolf (ed.): Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt a.M., 253-316.
- Hauschild, Peter et al. (2004): Privatisierung: Wahn und Wirklichkeit, Hamburg.
- Huffschmid, Jörg (2001): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.
- Jäger, Johannes; Leitner, Sebastian; Tomassovits, Rainer (2001): Studie zum Wiener Budget, Institut für politökonomische Forschung, Wien.
- Jäger, Johannes (2002): Eine regulationstheoretische Konzeptualisierung der Theorie der Bodenrente. Politökonomische Entwicklung und urbane Raumstruktur in Wien und Montevideo, Wien.
- Janson, Stefan (2004): Föderaler Wettbewerbsstaat. Neuordnung von Bund und Ländern. In: Onlineausgabe der Sozialistischen Zeitung [www.soz-plus.de](http://www.soz-plus.de), 20.7.04.
- Jessop, Bob (2000): Capitalism and its Future: Remarks on Regulation, Government and Governance. In: Review of International Political economy 4(3).
- Kramer, Helmut (2003): Memorandum zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, [www.wifo.ac.at](http://www.wifo.ac.at) 26.6.04
- Krugman, Paul (1995): Development, Geography, and Economic Theory, Cambridge.
- Lipietz, Alan (1996): Social Europe. The Post-Maastricht Challenge. In: Review of International Political Economy, vol. 3 (3), 369-379.
- MacLeod, Gordon (2001): New Regionalism Reconsidered. Globalization and the Remaking of Political Economic Space. In: International Journal of Urban and Regional Development vol. 25 (4), 804-829.
- Marterbauer, Markus (2004): Wohin und zurück? Die Steuerreform 2004/2005 und ihre Kritik. In: Wiener Jahrbuch für Politik, Wien.
- Novy, Andreas et al. (2001): The End of Red Vienna. Recent Ruptures and Continuities in Urban Governance. In: European Urban and Regional Studies 8 (2), 131-144.
- O'Connor, James (1976): Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt a.M.
- OECD (2003): Revenue Statistics, Paris.
- OECD (2004): Fiscal Balances and Public Indebtedness. [www.oecd.org](http://www.oecd.org), 14.7.04.
- Palan, Ronan (2003): The Offshore World. Sovereign Markets, Virtual Places, and Nomad Millionaires, Ithaca.
- Poulantzas, Nicos (1980) [1968]: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt a.M.
- Raza, Werner (2001): Europäischer Integrationsprozess und lokale Ebene. Weitreichende Konsequenzen für die Kommunen, WISO 24 (2), 57-83.
- Raza, Werner; Wedl, Valentin; Angelo, Silvia (2004): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Eine konzeptuelle, begriffliche und rechtliche Einführung ins Thema. Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, Nr.1, AK Wien.
- Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien (div. Jg.): <http://www.wien.gv.at/finanzen/budget/> 23.8.04.
- Rupert, Mark (2001): Ideologies of Globalization. Contending Visions of a New World Order, London.
- Schatzenstaller, Margit (2003): Zur Steuerreform 2005. In: WIFO-Monatsberichte 12/2003, 879-900.
- Schulmeister, Stephan (2004): Zur unterschiedlichen Wachstumsdynamik in den USA, in Deutschland und im übrigen Euro-Raum. WIFO-Monatsberichte 2/2004, 119-137.
- Schumpeter, Joseph (1976) [1918]: Die Krise des Steuerstaates. In: Hickel, R. (ed.): Die Finanzkrise des Steuerstaates. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, Frankfurt a.M., 329-379.
- Tálos, Emmerich (2004): Umbau des Sozialstaates? Deutschland und Österreich im Vergleich. In: Politische Vierteljahresschrift der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft 45 (2), 213-236.

# Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial

»Inflation! Welche Inflation?«

*Norbert Reuter*

Antizyklische Fiskalpolitik und *deficit spending* als Kern des Keynesianismus? Eine »schier unausrottbare Fehlinterpretation«

*Peter Mooslechner, Martin Schütz, Beat Weber*

Transparenz als Steuerungsmechanismus in Finanzsystemen

*Andrea Leiter, Engelbert Theurl*

Soziale Krankenversicherung und Einkommensteuer:  
Empirische Tarifanalyse einer komplexen Beziehung

*Margareta Kreimer, Katja Hartl*

Am Rande des Arbeitsmarktes. Zur Qualität der Arbeit im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen

Kommentar

*Karl Kollmann*

Soziale Verantwortung von Unternehmen als erwünschter Konsumparameter

Preise: Einzelnummer € 9,- (inkl. MwSt.); Jahresabonnement € 29,-; ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement € 17,- (gegen Vorlage einer Inskriptionsbestätigung).

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: [verlag@lexisnexus.at](mailto:verlag@lexisnexus.at). Dort kann auch ein kostenloses Probeheft angefordert werden.

3/04

 LexisNexis™  
ARD Orac

**AK**  
Wien